

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: [www.linksworte-mittelsachsen.de](http://www.linksworte-mittelsachsen.de)  
sowie über die Seite des Kreisverbandes: [www.dielinke-mittelsachsen.de](http://www.dielinke-mittelsachsen.de)

# Mittelsächsische LinksWorte

21. Oktober 2015

Nr. 98

9. Jahrgang



Ein Schnappschuss vom Spiele-Nachmittag mit Flüchtlingsfamilien und Freiburger Bürgern am 5. Oktober auf dem Buttermarkt vor dem Freiburger Theater. Hauptorganisatoren des Festes der Begegnung, Verständigung und Lebensfreude waren das Mittelsächsische Theater und die mittelsächsische Kultur gGmbH. Rechts im Bild Dr. Jana Pinka, Landtagsabgeordnete der LINKEN aus Freiberg, im angeregten Gespräch mit Flüchtlingen. Auch Mitglieder der Kreistagsfraktion und der Stadtratsfraktion der LINKEN nahmen an der Veranstaltung teil. Das Thema „Flüchtlingen und Asylbegehrenden“ beherrscht in rasant anwachsendem Maße die Tagespolitik in Deutschland. Es ist auch ein wichtiges Thema unserer aktuellen Ausgabe der LinksWorte. In unserer Serie zur politischen Bildung und Information widmen wir uns dem Thema: Linke in bürgerlichen Regierungen, ja oder nein?

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

**1.** Mit Blick nach vorn:

Der Landesparteitag der sächsischen LINKEN stellt Weichen

**2.** Ein breites Themen-Spektrum:

Die Sitzung des mittelsächsischen Kreistages vom 23. September

**3.** Die Diskussion verschärft sich:

Standpunkte der LINKEN zur Haltung zu Flüchtlingen und Asylbegehrenden

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & große ttip-demo in berlin
- 4 **titelthema 1: landesparteitag der linken**
- 5 Berichte aus Ortsverbänden
- 6/7 **titelthema 2: kreistag mittelsachsen**
- 8 **titelthema 3: flüchtlinge**
- 9 neue förderphase von leader
- 10 serie zur politischen bildung: beitrag -3- linke in bürgerlichen regierungen?
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage november 2015
- 12 termine & trauer & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 17. November 2015. Redaktionsschluss ist am Dienstag, dem 10. November. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2015.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

**Herausgeber:**

**DIE LINKE.**

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

**Postanschrift der Redaktion:**

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
09599 Freiberg, Lange Straße 34  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

**Layout, Satz und Fotos:** A•Bi•Te  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b  
09557 Flöha/OT Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

**aus der redaktion**

Liebe Leserinnen und Leser,

das letzte Quartal eines ereignisreichen Jahres ist angebrochen. Das Thema „Asyl-begehrende und Flüchtlinge in Europa und Deutschland“, welches noch vor wenigen Monaten in dieser dramatischen Schärfe nicht einmal erahnbar war, bestimmt die Politik in diesen Tagen und Wochen und - da muss man kein Prophet sein - wird sie noch für lange Zeit bestimmen. Auch wir äußern uns in unserer heutigen Ausgabe in einem Beitrag unseres Redaktionsmitglieds **Michael Matthes** zu dieser politischen Aufgabe, deren Dimension uns auch heute noch nicht voll absehbar erscheint. Die mittelsächsische LINKE wird im Oktober und Anfang Dezember zwei Veranstaltungen mit sachkundigen Politikern zum Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ durchführen: Mit **Juliane Nagel**, Landtagsabgeordnete der LINKEN und dort verantwortlich für Fragen der Migration, sowie **Stefan Liebich**, Bundestagsabgeordneter aus Berlin. In der September-Ausgabe haben wir uns ausführlich zum - damals noch bevorstehenden - Landesparteitag der sächsischen LINKEN geäußert. Zu den Ergebnissen schreibt **Dr. Jana Pinka**, die neben ihrer Arbeit als Landtagsabgeordnete und Stadtrat in Freiberg nunmehr auch politische Verantwortung als neu in das Amt gewählte stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN trägt. Auf dem am 7. November stattfindende Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN ergibt sich also die Möglichkeit, sich über die vom Landesparteitag beschlossene Strategie (leider nicht zusammengefasst in einem Dokument) für die kommenden Jahre zu verständigen. Dazu wird neben dem Kreisvorsitzenden **Falk Neubert** und **Jana Pinka** auch der Parlamentarische Geschäftsführer der LINKS-fraktion im Sächsischen Landtag, **Sebastian Scheel**, sprechen. Wir werden über den Kreisparteitag, auf welchem auch ein neuer Kreisvorstand gewählt wird, in unserem November-Heft ausführlich berichten. Die Kreistagsfraktion der LINKEN widmet ihren Beitrag in unserer heutigen Ausgabe der Auswertung der Sitzung des Kreistages vom 23. September aus Sicht der Fraktion. Ein weiteres Thema unserer heutigen Ausgabe ist die neue Förderperiode 2014 - 2020 des LEADER-Programms zur Regionalentwicklung. Was unsere Serie zur politischen Bildung und Information betrifft, machen wir Nägel mit Köpfen. Neben dem dritten Beitrag der Serie werden wir auch konkreter, was vorgesehene Themen für die nächsten Jahre betrifft. Weitere Vorschläge sind willkommen. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie immer eine anregende Lektüre.

**„seit 25 jahren muss ich im kapitalismus leben!“**

von Ruth Fritzsche, Freiberg

Schon ab Spätsommer 1989 zeichnete sich bei uns in der DDR eine große Missstimmung in der Bevölkerung ab. Unter der Losung „Wir sind das Volk“ gingen hunderttausende Bürger, worunter sich auch eine große Anzahl SED-Mitglieder befanden, auf die Straße und brachten ihren Unwillen mit der SED-Führung und der Regierung zum Ausdruck. Dieser Prozess, endete am 18. März mit der Wahl einer neuen Volkskammer, in der sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Konservativen wandelte. Westliche Politiker von CDU, FDP, SPD spielten hier bei uns ihre Trümpfe aus und das Volk jubelte ihnen zu, wollte so schnell als möglich die Westmark. Im Mittelpunkt stand die Delegitimierung der DDR.

So war es folgerichtig, dass am 03.10.1990 mit viel Tamtam die Einheit vollzogen werden musste. Ein westlicher Politiker nach dem anderen gab sich vorher bei Herrn de Maiziére die Tür in die Hand. Ich bin ganz ehrlich, für mich war eine Welt zusammengebrochen. Diese vergangenen Monate waren für mich eine schlimme Zeit. Obwohl nach dem 18. März 1990 eine Regierung gebildet wurde und es die Volkskammer mit u.a. 66 PDS-Abgeordneten gab, zielte im politischen Deutschland alles darauf hin, die DDR verschwinden zu lassen, was ja bekanntlich am 23. August 1990 mit 294 gegen 69 Stimmen, darunter die 66 Stimmen der PDS, auch geschah. Gregor Gysi sagte: „Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der DDR beschlossen.“

Mein Fazit für diese Zeit lautet: Ich lebe nun im Kapitalismus. Meine bis dato stabile Gesundheit gab mir die Kraft und die Möglichkeit, ehrenamtlich tätig zu sein. Meinen Ehrgeiz setzte ich darein, vor allem für die PDS und später die LINKE bis heute zu arbeiten und viel Neues hinzu zu lernen, vor allem mit PC und anderen technischen Neuheiten umzugehen. Schön war es, wenn wir in großer Gemeinschaft mit den Genossinnen und Genossen aus Freiberg, Brand-Erbisdorf und Flöha viele schöne Busreisen, natürlich auch an den Rhein, an die Mosel, nach Bayern aber auch nach Polen oder auch in ehemalige jugoslawische Teilstaaten unternommen haben.. Ein Zitat von Rosa Luxemburg gefällt mir dazu besonders. „So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd - trotz alledem.“

Geld haben ist schön, solange man nicht die Freude an Dingen verloren hat, die man nicht mit Geld kaufen kann.

Salvador Dali

Zuerst verbraucht man seine Gesundheit, um Geld zu bekommen; dann sein Geld, um die Gesundheit zurückzuholen.

Robert Lembke

grandiose kundgebung für einen gerechten welthandel

auf seite - drei -  
 - immer konsequent links -  
 unser monatlicher  
 aktueller meinungsbeitrag

von Hans Weiske

**L**eider waren wir nur knapp 20 Personen, die sich am 10. Oktober um 6:20 Uhr in der Frühe von Freiberg aus im Sonderbus auf den Weg nach Berlin machten - Gewerkschafter, LINKE und auch LINKE Gewerkschafter. Wie sich später herausstellte, waren wir Teilnehmer der größten Demonstration, die seit über 10 Jahren in Deutschland stattgefunden hat. 250.000 Menschen - die mit fünf Sonderzügen und weit

über 300 Bussen angereist waren - gingen für Demokratie und einen gerechten Welthandel auf die Straße. Die gemeinsame Forderung lautete: Stopp der Verhandlungen mit den USA für TTIP.

Unser Bus wartete in der Nähe der Siegessäule, wo auch die Abschlusskundgebung stattfand, auf uns. Die Demonstration startete auf dem riesigen Areal vor dem Berliner Hauptbahnhof und führte über die Friedrichstraße, durch das Regierungsviertel vorbei am Brandenburger Tor. Zur Demonstration aufgerufen hatte ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis.

**U**rlaub bei den Indianern war geplant. Am Ausgangsort empfingen die Reisenden ein brandneues Wohnmobil. Das Besondere - es hat einen Dieselmotor, ungewöhnlich für Nordamerika, wo man bisher Benziner mit Strudel im Tank für das Non-Plus-Ultra hält. Unser Wohnmobil hat zwei Tanks, einen für Diesel-Kraftstoff und einen für DEF. Letzterer ist, so wurde unterwiesen, so etwa alle achttausend Kilometer leer. Er ist dann nachzufüllen. Wenn nicht, bleibt man so nach achthundert Kilometern stehen. Weil es im Wilden Westen sehr einsam sein kann, wo auch die Abstände zwischen den Tankstellen groß sein können, nahmen wir fünf Kanister mit je einer Gallone Inhalt dieses DEF an Bord. Was auch sehr weise war, denn die Anzeige, dass der DEF-Tank bald leer sei, ließ nicht lange auf sich warten.

Aber, warum dieses etwas abwegige Kolumnen-Thema? Unser Wohnmobil ist ein FORD, mithin US-amerikanischen Ursprungs. Und DEF heißt „diesel exhaust fluid“, zu deutsch Diesel-Abgas-Flüssigkeit. Mein mitreisender Freund, der Chemiker vermutete aus der Konsistenz des DEF, es müsse Harnstoff sein und etwas mit der Verminderung von Stickoxiden im Abgas zu tun haben. - Und nun der Abgas-Betrug bei Volkswagen-Dieselfahrzeugen. Eine außen sichtbare, zweite Einfüllöffnung haben die VW-Diesel-Fahrzeuge nicht. In der jungenWELT vom 23. September berichtet der Experte Axel Friedrich, dass die deutschen Diesel auch in Deutschland nur auf Prüfständen die europäischen Normen eingehalten. Im normalen Leben auf den Autobahnen und Landstraßen liegt der Ausstoß an Stickoxiden um ein Vielfaches höher. Die US-amerikanischen Grenzwerte liegen deutlich unter den europäischen. Sicher die Ursache für den DEF-Tank in unserem FORD-Wohnmobil-Diesel. Abgas-Schwindel in Deutschland hat kaum Folgen. Das Kraftfahrzeug-Bundesamt sieht weg. Sicher weil es von den Lobbyisten der Autoindustrie so gesteuert wird.

In den USA wusste es sicher auch so mancher. Doch warum platzt die Bombe jetzt? Nun - es gibt da einen Trend. Dank der Werbung für „saubere“ deutsche Diesel stieg das Ansehen von Diesel-Fahrzeugen in Nordamerika immer mehr, die Verkaufszahlen auch. Wir merkten es daran, dass die meisten USA-Tankstellen, auch die einsamen Diesel anbieten. Diesel ist auch neuerdings billiger als Benzin. Nun scheinen die Amis die technischen Rückstände bei Dieseln aufgeholt zu haben - siehe unser brandneues Wohnmobil mit DEF-Tank. Da war was gegen die deutschen Diesel möglich - oder? (mm)



## der landesparteitag der sächsischen linken - die stellvertretende vorsitzende nimmt stellung

In unserer September-Ausgabe haben wir ausführlich über die Vorbereitung des „Strategie“-Parteitages der sächsischen LINKEN am 12. und 13. September in Neukieritzsch informiert. Er sollte bekanntlich den Schlusspunkt hinter die Strategie-Debatte setzen, die praktisch am Abend der Landtagswahlen, am 31. August 2014, mit einem ernüchternden Wahlergebnis für DIE LINKE einsetzte. Wir haben seitdem fast in jeder Ausgabe der LinksWorte den Gang der Dinge aus unserer Sicht kommentiert. In „geordnete Bahnen“ sollte die Debatte nach einer gründlichen Auswertung der Wahlergebnisse bis Ende 2014 kommen. Richtig los ging es aber erst im März mit einer Veranstaltung der Grundsatzkommission, welcher eine Strategiekonferenz Anfang Mai und eine intensive Debatte in den Sommermonaten folgte.

Schlusspunkt dieser Debatte war - wie gesagt - der Landesparteitag. Dabei überwiegt, wie durch unsere neue stellvertretende Landesvorsitzende **Jana Pinka** in ihrem untenstehenden Beitrag dargestellt, die Erleichterung darüber, dass der Parteitag kühlen Kopf bewahrte und es nicht zu einer Zerreißprobe kommen ließ. Es wurde endlich wieder erkennbar, dass wir an inhaltliche Differenzen sachlich und konstruktiv herangehen können. Ausdruck dafür ist auch das beachtliche Wahlergebnis für den alten und neuen Landesvorsitzenden **Rico Gebhardt**.

Nicht zu übersehen ist allerdings auch das Manko: Es ist nicht gelungen, im Vorfeld des Parteitages die Strategie des Landesverbandes in eine einheitliche Form zu gießen. Herausgekommen sind ein Leitartikel und zwei umfassende Sachanträge. Damit geht die sächsische LINKE in die kommenden Jahre. Mit aktuell nur 17 Prozent Wählerzustimmung bei der Sonntagsfrage von Infratest dimap vom September. In Sachsen-Anhalt liegt diese bei 26 Prozent, in Thüringen bei 27 Prozent. Zum Vergleich: Bei den Landtagswahlen 1994 erreichte die PDS in Sachsen und Thüringen je 16,5 Prozent und in Sachsen-Anhalt 20,5 Prozent der Stimmen.

von Jana Pinka

U nser Landesparteitag am 12./13.9.2015 in Neukieritzsch wurde sicherlich medial vom Anschlag auf das Parteitagobjekt in der Nacht vom Samstag zum Sonntag überlagert. Trotzdem haben wir in dieser schwierigen Situation unsere gestellten Aufgaben erfüllt: So wurden ein neuer Vorstand sowie die sonstigen Gremien gewählt, Beschlüsse für unsere Arbeit als Vorstand und Landespartei gefasst, politische Botschaften zum Thema Kurdistan und Asyl gesetzt und fast alle Anträge zur Satzungsänderung beschlossen.

In Vorbereitung auf den Landesparteitag im Landesvorstand waren unsere VertreterInnen aus Mittelsachsen noch unsicher, wie wir mit den verschiedenen sachlichen Anträgen (dem Leitartikel A.1 und zwei großen Sachanträgen C.1, C.2) umgehen. Auch durch die Anspannung im Tagungssaal, die anfänglich über dem Parteitag lag, war zu spüren, dass sich alle der

Verantwortung bewusst waren, dass wir uns keine Zerreißprobe erlauben können.

Meines Erachtens ist festzustellen, dass von diesem Parteitag mindestens innerparteilich das Zeichen ausgeht, dass wir als Partei in der Lage sind, inhaltliche Auseinandersetzungen auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene zu lösen. Ich denke, das ist ein gemeinsamer Erfolg aller AkteurInnen und ein großer Anspruch für die kommenden Jahre: Wir können es nur gemeinsam schaffen - gerade in diesen Zeiten. Also ringen wir sachlich um die besten Lösungen und gehen danach gemeinsam raus und kämpfen für die gefundenen Ergebnisse. Was dieses Land derzeit nämlich am wenigsten braucht, ist eine LINKE-Partei in Selbstbeschäftigung und Selbsterfleischung.

Mit den verabschiedeten Sachanträgen haben wir uns große Aufgaben für die Zukunft gestellt - ich will hier auszugsweise aufzuführen:

- die Umsetzung der Kampagne „Das muss drin sein“ und der Kampf gegen



Foto: Thomas Kruse

Neue stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN:  
Dr. Jana Pinka aus Freiberg

gen die Prekarisierung der Gesellschaft

- die Verankerung unserer politischen Arbeit auf die Entwicklung linker Strategien, Politikansätze und Handlungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum bzw. für kleine und mittelgroße Städte sowie die stärkere außerparlamentarische Verankerung
- die Befassung mit unserer Mitgliedschaft, unserer Präsenz und mit Strukturfragen
- die gesellschaftliche Herausforderung für das Einwanderungsland Sachsen.

Der für mich wichtigste Beschluss des Parteitages ist die Zielstellung, ein Alternatives Landesentwicklungskonzept zu erarbeiten. Wir brauchen einen neuen Plan für ein soziales, gerechtes, demokratisches und weitoffenes Sachsen.

Auf diesem Wege bedanke ich mich bei allen GenossInnen für die Unterstützung meiner Wahl zur stellvertretenden Landesvorsitzenden und für das damit in mich gesetzte Vertrauen. Mit meiner neuen Funktion werde ich mich der Aufgabe stellen, diesen Schwerpunkt in unserer Partei zu begleiten. Das wird nicht einfach, denn es geht nicht nur um das Verfassen eines Papiers. Ziel ist es, ein Leitbild für unsere Vorstellungen einer Gesellschaft mit sächsischen AkteurInnen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen zu entwickeln.

Der Parteitag hat auch Anträge zu Satzungsänderungen beschlossen - eine Klärung zur Bildung eines Landesausschusses konnte nicht abschließend herbeigeführt werden. Der Landesvorstand wird hierzu nochmals mit dem Landesbeirat und anderen AkteurInnen in die Diskussion gehen, um auf dem nächsten Parteitag, der am 18.6.2016 wieder in Neukieritzsch stattfinden wird, einen Beschluss herbeizuführen.

Höhepunkt der Arbeit des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN wird der Kreisparteitag am 7. November in Flöha sein. Dazu informieren wir unter der Überschrift „Kreisvorstand aktuell“ auf Seite -11-. Auf dieser Seite informieren wir über den Stand der Gleichstellung und die verschiedensten Aktivitäten in den Ortsverbänden.

## Bemerkungen zum Gleichstellungsbericht 2015

von Marika Tändler-Walenta

**D**IE LINKE hat auf dem Parteitag im Oktober 2011 ein Konzept zur Herstellung von

Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN beschlossen. Dieses sieht vor, dass jährlich ein Gleichstellungsbericht vorgelegt wird, welcher dem Parteivorstand am 25/26. September 2015 überreicht wurde. Entsprechend der Bundessatzung §10 sind „Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen [...].“

In der bundesdeutschen Parteienlandschaft werden die Parteien zahlenmäßig von Männern geprägt, während in den Parteien- und Massenorganisationen der DDR Frauen einen annähernd gleich großen Mitgliederanteil bildeten. Davon profitiert DIE LINKE noch fünfundzwanzig Jahre nach der Transformation. Dabei gibt es kaum Aussagen darüber, warum Frauen sich weniger in Parteien organisieren. Es wird zwar immer wieder festgestellt, dass Frauen sich weniger für Politik interessieren und deshalb weniger in Parteien organisiert sind, aber die gleich hohe Wahlbeteiligung von Frauen wie von Männern hält dieser Betrachtung nicht Stand. An dieser Stelle könnte auch der Politikbegriff hinterfragt werden, da es immerhin sein könnte, dass Frauen einen anderen Verständnis von Politik haben als Männer.

DIE LINKE hat ihren Status, die Partei mit dem höchsten Frauenanteil aller Bundestagsparteien und der FDP zu sein an die Bündnis 90/ Die Grünen verloren. Innerhalb der Partei gibt es nach wie vor einen

beachtlichen Ost-West-Unterschied. In den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) beträgt der Frauenanteil 44,9% und in den westlichen Landesverbänden 27,3%.

In zwei von sechzehn Landesvorständen wird die Mindestquotierung nicht eingehalten (Bayern und Schleswig-Holstein). Vierzehn Landesverbände sind mindestquotiert bzw. über der Mindestquotierung. In Sachsen liegt der Frauenanteil bei 45,0%.

Der Anteil von Frauen unter den Neumitgliedern lag im Jahr 2014 bei 31% (2013 29%). Es ist ein leichter Anstieg des Frauenanteils zu verzeichnen, sowohl der Anteil Frauen in der Mitgliedschaft, als auch der Anteil Frauen bei den Neueintritten.

Hinsichtlich der Situation in den Kreisvorständen sieht die Situation hinsichtlich der Einhaltung der satzungsmäßigen Vorschrift für ganz Deutschland weiterhin desolat aus. Im Kreisverband Mittelsachsen hingegen gibt es unter den Mitgliedern einen Frauenanteil von 47,38%, der derzeitige Kreisvorstand hat einen Anteil von 50%.

Grundsätzlich ist die Quotierung nach wie vor ein Thema für uns und ist auch weiterhin nicht selbstverständlich. Es ist wichtig, dies immer wieder zu thematisieren und Wege zur Gewinnung von Frauen für unsere Partei zu finden. Dafür spricht auch, dass bei den vergangenen Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg mehr Frauen als Männer DIE LINKE gewählt haben.

Den sprunghaften Anstieg beim Frauenanteil weiblicher Mitglieder im Jahr 2011 sollten wir uns noch einmal genauer anschauen. Eventuell können wir daraus schließen, was für uns in Zukunft hilfreich in Mittelsachsen sein kann.

von Marika Tändler-Walenta

Am 13. Oktober 2015 nahm ich als Gast an der **Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha** teil. Der Einladung entsprechend standen die Landratswahl, meine Tätigkeit im Parteivorstand sowie das Thema Asyl auf der Agenda. Zunächst nutzte ich die Gelegenheit, um mich bei den Genossinnen und Genossen vor Ort für Ihre Unterstützung während der gesamten Wahlkämpfe in den zurückliegenden Monaten und Jahren zu bedanken. Meine Tätigkeit im Parteivorstand, der laut Bundessatzung das politische Führungsorgan der Partei ist, verdeutlichte ich an zentralen Projekten. Zum einen die Vorbereitung einer Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen „Das muss drin sein“, die Durchführung eines Zukunftskongresses im Jahr 2015, Kampf gegen TTIP, TISA und CETA sowie das Thema Parteientwicklung. Die Weiterarbeit an den friedenspolitischen Schwerpunkten findet dabei vor allem in der Internationalen Kommission statt, welcher ich zudem angehöre. Das Thema „Flucht & Asyl“ ist für uns

allgegenwärtig. Der dazugehörige Beschluss des Parteivorstands vom 26/27. September 2015 hat den Titel: „Zeit zu handeln! Warum wir keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit haben“.

Zentrale Rolle spielen dabei die Fluchtursachen, wie die vergangenen Kriege unter deutscher Beteiligung in Jugoslawien und Afghanistan. Die aktuellen Kriege und kriegsähnliche Krisen in Syrien, Irak, Jemen, Türkei sowie die Hungersnöte in der Welt.

Aber auch der inszenierte Notstand, das Politikversagen und die mangelnde gesellschaftliche Planung führen dazu, dass konservative und rechtspopulistische Politiker Ängste schüren, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen kann und überfordert wäre.

Meinen Ausführungen schloss sich eine angeregte Diskussion zum Thema „Asyl“ an. **Einig waren wir uns in der Schlussfolgerung:**

Flüchtlingspolitik ist eben auch Sozialpolitik. Deshalb haben wir keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit.



Nach der Versammlung des Ortsverbandes Flöha im Gespräch: **Marika Tändler-Walenta** (2. von li.) und Ortsvorstandsmitglied **Roswitha Plache**, dem Vorsitzenden des Ortsverbandes **Hans-Jürgen Kühn** (li.) und dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Kreistag, **Gottfried Jubelt** (re.)



Unter Regie des **Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde** findet am 22. Oktober im Begegnungszentrum Obere Dorfstraße in Altgeringswalde ein Diskussionsforum zu Flüchtlingsfragen mit MdL Juliane Nagel (Leipzig) statt. Die Linksjugend [solid] kümmert sich um das leibliche Wohl, die Technik und die Sicherheit der Veranstaltung.



Etwa 20 Genossinnen und Genossen des **Ortsverbandes Brand-Erbisdorf** verständigten sich am 26. September u.a. mit der Strategiedebatte in der sächsischen LINKEN. Dazu sprachen **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle und die Teilnehmerin des Landesparteitages **Angelika Schubert**, die den Kreisverband Mittelsachsen im Landesrat vertritt.

## ergebnisse der sitzung des mittelsächsischen kreistages vom 23. 09.

**A**m 23.09. 2015 fand die nunmehr 6. Sitzung des Kreistages in dieser Legislatur statt. Es war die erste Sitzung unter Leitung des neuen Landrates Matthias Damm. Da er als Landrat nicht gleichzeitig Kreisrat sein kann, rückte für ihn der ehemalige Chef der Sparkasse Mittweida, Heribert Kosfeld nach.

Die **Wahl des zweiten Beigeordneten** war sicherlich ein für unsere Arbeit wichtiger Tagesordnungspunkt. Liegt das Geschäftsfeld des zweiten Beigeordneten doch im gesamten Bereich Soziales. Wir hatten unsere Genossen und Sympathisanten aufgefordert, doch in unseren Reihen nach geeigneten Bewerbern zu schauen. Leider hat sich wie schon ein Jahr zuvor, als die Stelle des ersten Beigeordneten ausgeschrieben war, kein Genosse bzw. Sympathisant gefunden, der dieses Amt antreten wollte.

Insgesamt sind 16 Bewerbungen auf die Stelle eingegangen. Nach der Prüfung auf Eignung und einer Vorauswahl durch den Ältestenrat wurde sich geeinigt, dass sich drei Bewerber zum Kreistag vorstellen dürfen. Der amtierende zweite Beigeordnete, Dieter Steinert hat auf eine Bewerbung verzichtet. Bedauerlicherweise hat er als eine Begründung öffentlich angegeben, dass bei der Führungsebene die drei Regionen (Altlandkreise) gleichermaßen vertreten sein sollten. Diese Diskussion ist eigentlich nicht mehr zeitgemäß. Auf Grund dieses regionalen Einwurfes, hat eine Bewerberin, die ehemalige SPD-Bürgermeisterin von Torgau Frau Kerstin Staude, ihre Bewerbung zurückgezogen. Gerade sie hätte aus den Reihen von SPD und LINKEN doch sicherlich viele Stimmen bekommen. So standen letztlich nur noch Jörg Höllmüller (Geschäftsbereichsleiter im Landratsamt Verwaltung, Finanzen und Ordnung) und der Weißenborner Bürgermeister Udo Eckert zur Wahl. Jörg Höllmüller hat diese Wahl mit 64 Stimmen gewonnen. Unsere Fraktion schätzt Jörg Höllmüller trotz CDU-Mitgliedschaft als einen sehr fleißigen und ehrgeizigen Mensch. Wir gehen davon aus, dass er in der Lage ist die neuen Anforderung vollständig und gut zu erfüllen.

### Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016

Nach derzeitigen Stand klafft ein Loch in Höhe von fast 29 Mio. EUR. Haben wir es in den vergangenen Jahren immer wieder geschafft, den Haushalt trotz ursprünglichem Fehlbetrag doch noch auszugleichen, so ist dies für 2016 nicht möglich. Aus diesem Grund wurde die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung erneut ins Leben gerufen. Unsere Fraktion wird in dieser Gruppe durch den Fraktionsvorsitzenden Gottfried Jubelt vertreten.

Da auch zum jetzigen Zeitpunkt ein erhebliches Defizit im Haushalt 2015 zum Plan besteht, wurde per 22.09.2015 eine Haushaltssperre festgelegt. Das Einsparpotential dadurch liegt bei 800 TEUR.

### Kreissparkasse Döbeln – Gewinn und seine Verwendung

Im Jahr 2014 hat die Kreissparkasse Döbeln einen Gewinn in Höhe von 836.807,10 EUR erwirtschaftet. Per Gesetz vorgeschrieben ist, dass davon 35% in die Sicherheitsrücklage gehen.

Der Rest wurde per Kreistagsbeschluss an den Landkreis ausgeschüttet.

**Gewinn:** 836.807,10 EUR  
davon in Sicherheitsrücklage 35% 292.882,49 EUR

an den Landkreis 543.924,62 EUR  
ab Kapitalertragssteuer 15% 81.588,69 EUR  
ab Solidaritätszuschlag 4.487,38 EUR

**Nettoausschüttung Landkreis 457.848,54 EUR**

### Rettungsdienst

Die Organisation des Rettungsdienstes sowie die Erhebung von Gebühren

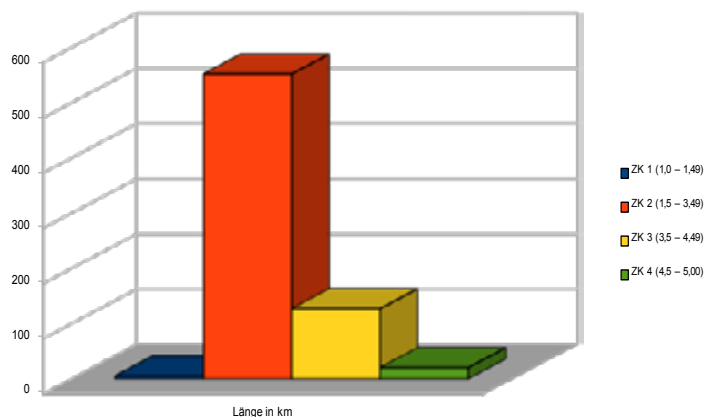
etc. sind Aufgaben des Landkreises. Zu dieser Thematik standen drei Vorlagen auf der Tagesordnung.

Es gab eine Neukalkulation für die Gebühren der Notfallrettung für Krankentransportwagen, Rettungstransportwagen und Notfallwagen im Rettungsdienstbereich Freiberg/Mittweida. Dabei konnten wir beobachten, dass sich diese Gebühren denen des Rettungsdienstbereiches Grimma weiter annähern und diese teilweise erstmalig unterschreiten. Zudem wurde der Rettungsbereichsplan angepasst. Es gibt jetzt wesentlich mehr Vorhaltezeiten für die Einsatzwagen. Zudem wird die Anzahl der Fahrzeuge entsprechend erhöht. Damit wird der Rettungsdienst dem gestiegenen Bedarf angepasst.

### Prioritätenliste Kreisstraßenbau 2016 – 2020

Die alte Prioritätenliste musste an neue Bedürfnisse angepasst werden. So waren beispielsweise in der alten Version Straßen und Brücken in einer Liste enthalten. Die Erfahrungen der Zeit haben hier gezeigt, dass dies getrennt werden muss. In der ersten Version wurde auch Hauptaugenmerk auf die Unfallzahlen gelegt. Dies wird jetzt soweit geändert, dass der Zustand oberste Priorität zum Bau der Straßen erhält. In einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (mangelhaft) wurden alle 706 km Kreisstraßen eingeteilt. Straßenabschnitte die eine Beurteilung zwischen 4,7 und 5,0 haben, sollen in den nächsten Jahren saniert werden. Hierzu wurde konkrete Projekte benannt.

Allgemein ist zu sagen, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht genügend Straßen gebaut werden können, um die Gesamtnote bzw. den gegenwärtigen Zustand zu halten.



### Gesellschaftervertrag Mittelsächsische Kultur gGmbH

Bisher war der Landkreis Träger der Rochlitzer Stadtbibliothek. Da Landkreise nur überregionale Aufgaben wahr nehmen dürfen, musste dies bereinigt werden. Deshalb geht diese Bibliothek an die Stadt Rochlitz. Die Frage nach der Kreis- und Fahrbibliothek Hainichen stand in dieser Angelegenheit auch im Raum. Als Fahrbibliothek, die umliegende Orte betreut hat diese jedoch überregionale Aufgaben und verbleibt weiterhin in Trägerschaft des Landkreises.

### Personalmanagementkonzept des Landkreises Mittelsachsen

Seit Jahren fordern wir von der Verwaltung dieses Konzept. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss auch die Verwaltung schlanker gestaltet werden. Zudem geben uns die Zwänge des Kreishaushaltes Sparmaßnahmen vor.

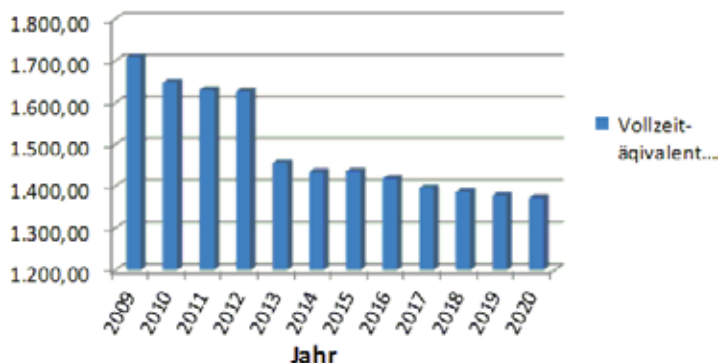
Zwar wurden in den Jahren seit der Kreisgebietsreform ca. 270 Stellen reduziert (inkl. Ausgliederung in das Jobcenter Mittelsachsen). Die tatsächlichen Kosten konnten jedoch nicht gesenkt werden. Durch die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst blieben die Gesamtpersonalkosten

es berichtet unser redaktionsmitglied sabine lauterbach, mitglied des kreistages

relativ konstant. Erschwerend kommt noch der derzeit nur sehr vage kalkulierbare Stellenbedarf bei der Ausländerbehörde. Positiv ist, dass Landratsamt bildet jährlich mehrere Verwaltungsfachangestellte und Straßenwärter aus.

Das Konzept ist zwar sehr umfangreich, aber wenig konkret. Auf Nachfrage wird darauf verwiesen, dass es eben kein Personalentwicklungskonzept ist; aber genau das wird gebraucht.

voraussichtliche Entwicklung des Stellenplanes (in VzÄ)



**Hinweis:** Die starke Veränderung der Stellenzahl von 2013 zu 2012 resultiert aus der Ausgliederung des kommunalen Jobcenters.

**Abfallgebührenkalkulation und Satzungsänderung**

Die in den letzten Jahren vollzogene Vereinheitlichung der Abfallwirtschaft in unserem Landkreis ist positiv zu sehen. Unsere Fraktion hat diesen Prozess begleitet und unterstützt. Die neu erschaffenen Wertstoffhöfe werden gut angenommen, haben sich somit bewährt. Da sich Preise ständig ändern, musste die Kalkulation angepasst werden. Die behälterbezogene Festgebühr für Restabfallbehälter bleibt gleich. Die Entleerungsgebühr für diese steigt jedoch leicht. Da die Fraktion diese Steigerung für moderat hält konnten wir der Vorlage zustimmen. Zur Information: wir haben in unserem Landkreis immer noch die niedrigsten Abfallgebühren in Sachsen. Diese betragen durchschnittlich pro Bürger und Jahr 35 EUR.

**Neustrukturierung der GSQ Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung Freiberg mbH**

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung von Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem 1. Arbeitsmarkt. Das Geschäftsfeld der GSQ ist in den letzten Jahren stark zurück gegangen. So hat die Gesellschaft das Jahr 2014 mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen. **Seit dem 2. Halbjahr 2014 setzt die GSQ im Auftrag des Landratsamtes verstärkt auf das Thema Asyl.**

Gesellschafter waren bisher:

- Landkreis Mittelsachsen 66%
- Sparkasse Mittelsachsen 20 %
- Kreisstadt Freiberg 10 %
- Gemeinde Halsbrücke 4 %

Der Landkreis übernimmt nun per Kreistagsbeschluss alle Anteile und wird somit alleiniger Gesellschafter. Die GSQ beschäftigt sich nun laut Gesellschaftsvertrag hauptsächlich mit dem Erwerb, Anmietung, Betreiben usw. von Asylbewerberunterkünften. Der Aufsichtsrat der GSQ besteht künftig aus je einem Vertreter aller Fraktionen im Kreistag Mittelsachsen. Für unsere Fraktion wird Peter Krause aus Roßwein diese Funktion ausüben.

Da der Gesellschaftervertrag keine Festlegungen für die Übernahme von Anteilen beinhaltet greift das GmbH – Gesetz. Hier ist vorgesehen, dass ein Liquidationsgutachten zu erstellen ist und auf dieser Basis der Wert der Anteile ermittelt wird. Das Gutachten kennt aber nur die Verwaltung. Im Ergebnis kostet die Übernahme der Anteile dem Landkreis ca. 300.000 EUR! Unser Fraktionsvorsitzender hat dringend angemahnt, die Verträge aller Gesellschaften an denen der Landkreis beteiligt ist zu prüfen und vertretbare Festlegungen für den Fall der Auflösung in die Gesellschafterverträge einzuarbeiten. Das wurde nach kurzer Diskussion vom Landrat zugesagt.

**Einladung**

**„Ein besseres Schulgesetz in Sachsen“**

Im Rahmen der Regionaltour von MdL Cornelia Falken laden wir zu einer gemeinsamen Veranstaltung der Landtagsfraktion mit der Kreistagsfraktion ein.

Mittwoch, 28. Oktober 2015  
Zeit: 17:00 Uhr  
im „Regenbogenhaus“  
Brückenstraße 5 in Freiberg

CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag ein neues Schulgesetz angekündigt. Der Gesetzentwurf soll Ende des Jahres vorliegen und am 1. August 2017 in Kraft treten.

DIE LINKE möchte die Anforderungen an ein modernes Schulgesetz mit allen diskutieren, die an Schule beteiligt sind und Interesse haben. Dazu stellt sie eigene Eckpunkte vor. Die Ergebnisse der öffentlichen Diskussion werden in einen eigenen Schulgesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE einfließen.

**Neue Phase der aktuellen Kampagne der Partei DIE LINKE: „Das muss drin sein. Befristung und Leiharbeit stoppen!“**



Die Kampagne „Das muss drin sein.“ wurde am 1. Mai dieses Jahres gestartet und soll bis zu den Bundestagswahlen 2017 wesentlich die Politik der Linkspartei bestimmen. Inzwischen haben die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger eine neue Kampagnenphase zum Stopp von Befristung und Leiharbeit eingeleitet. In diesem Zusammenhang wurde online und auf der Straße die bundesweite Unterschriftensammlung: „Deine Stimme gegen Befristung und Leiharbeit!“ gestartet. Die Zahl unsicherer Arbeitsverhältnisse ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und betrifft inzwischen 2,8 Millionen Beschäftigte.

## der wachsende flüchtlingszustrom

anmerkungen unseres redaktionsmitgliedes michael matthes

Die Ereignisse scheinen sich zu überschlagen: Immer neue Zahlen werden zum Flüchtlingszustrom nach Deutschland und darunter auch nach Sachsen und Mittelsachsen bekannt. Geht die Bundesregierung offiziell weiterhin von 800.000 Flüchtlingen und Asylbegehrenden im Jahr 2015 aus, so dürfte auch diese Zahl bald Makulatur sein. Hatten wir noch in unserer August-Ausgabe von einer ins Auge gefassten Erhöhung der Plätze in den Erstaufnahme-Einrichtungen in Sachsen auf 7.000 berichtet, so beschloss das Kabinett am 13. Oktober nach Zeitungsmeldungen, über die inzwischen angestrebten 15.000 Plätze hinauszugehen und bei einer erreichten Kapazität von 20.000 winterfesten Plätzen die Lage erneut zu prüfen. Perspektivisch dürften die benötigten Aufnahmekapazitäten in den Landkreisen und kreisfreien Städten ebenfalls gewaltig ansteigen. Kann man auf der Internetseite des Landkreises noch von rund 1.800 Flüchtlingen und Asylbewerbern lesen, die „mit steigender Tendenz“ in Mittelsachsen leben, sollen aktuell bis Ende 2016 6.000 Plätze geschaffen werden. Davon sollen 3.000 Flüchtlingen dezentral in Wohnungen unterkommen.

**C**haos, Konfusion, Keiner-sieht-mehr-durch und die primitivste Meinungsmache. Reizwort FLÜCHTLINGE. Bei uns Linken: sehr viel Solidarität, Hilfsbereitschaft und wirksames Zupacken. Aber auch sehr viel Naivität und Illusion. Das löst das Problem nicht. Wobei – einfache und dazu noch menschlich anständige Lösungen gibt es wohl nicht. Die gesellschaftlichen und (geo-) politischen Ursachen sind so mächtig geworden, dass es keine Umkehr geben wird. Die sogenannten Wert-Konservativen haben in ihrem Drang, die Welt so zu lassen, wie sie ist, nichts Besseres im Sinn als „Einmauern“. Doch selbst das gigantische chinesische Bauwerk war letztendlich nutzlos.

Die Flüchtlingsströme haben Ursachen. Die kapitalistischen Großakteure sind in der ganzen Welt unterwegs. Sie zapfen die Profitquellen dieser Erde an. Überall dort, wo sie sind, erzeugen sie Elend, Hauptsache, der Profit stimmt. Den Menschen, die gezwungen sind, für Nichts T-Shirts zu nähen, wird jede Lebensperspektive genommen. Die Dinge sind bekannt. Wenn sie, die Profitmacher weiterziehen, hinterlassen sie verarmte Gesellschaften oder in Bürgerkriegen gescheiterte Staaten. Die Menschen dort bleiben buchstäblich mit Nichts zurück. Auf der anderen Seite kommt der Mammon irgendwo an. Es bilden sich kleine Inseln des Wohlstandes. Und diese himmelschreiende Spannung ist es, die den Strom zum Fließen bringt. Er fließt von Minus nach Plus.

Auf ihrem Raubzug durch die Welt reißen sie auch Grenzen nieder, nicht nur geografische. Für Informationen und Nachrichten gibt es keine Grenzen.

Das Netz ist grenzenlos. Die wahren Tatsachen paaren sich mit den Sehnsüchten der Hoffnungslosen. Eine Idee und ein Traum erfassen die Massen. Die Bewegung ist ausgelöst und das ist erst der Anfang.

Es werden noch viele aufbrechen.

Ansatzpunkt für die Auflösung des Chaos ist: Gebt den Menschen eine Perspektive, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen! Und – da fängt manchmal die Naivität in unseren Reihen an – fordert, dass die gegebene Chance wahrgenommen wird. Linke Politik kann nur darin bestehen, diese Forderung unter den realen Bedingungen praktisch umzusetzen. Schluss mit der Verwaltung des Flüchtlingsproblems. Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Es ist ein Notstand eingetreten. Das gilt es anzuerkennen. Also – es ist gilt zu handeln. Es gilt nicht zu allererst, Vorschriften zu erfüllen. Die derzeitige Gesetzeslage ist der Lage nicht gewachsen. Sie ist auszusetzen. Was anderswo gilt, hilft auch hier: learning by doing.



Schnapschüsse vom Spielenachmittag mit Flüchtlingsfamilien und Freiburger Bürgern am 5. Oktober auf dem Vorplatz des Freiburger Theaters. Hauptorganisatoren des Festes der Begegnung, Verständigung und Lebensfreude waren das Mittelsächsische Theater und die mittelsächsische Kultur gGmbH. Zum gemeinsamen Spielen waren auch Genossinnen und Genossen der Kreistags- und Stadtratsfraktion und weitere Mitglieder der LINKEN gekommen. Auf dem oberen Bild Kornelia Metzger, Vorsitzende des Arbeitskreises „Ausländer und Asyl Freiberg e.V.“

So muss es doch möglich sein, bei Wahrung der Menschenwürde, diejenigen herauszufinden, die dort, wo sie herkommen, an Leib und Leben bedroht sind, weil ihnen ein Bürgerkrieg oder andere Situationen keine Chance lassen. Die verdienen Schutz und ein Bleiberecht, und zwar sofort. Dann gibt es Ankommende, die materieller Not entfliehen wollen. Nennen wir es so: Sie wollen ein besseres Leben. Lasst sie die Landessprache lernen und eine Ausbildung machen. Selbst, wenn sie dann bei uns nicht bleiben können oder wollen, haben sie einen Schatz, der ihnen nicht wieder genommen wird. Das kann man als Entwicklungshilfe abrechnen. Kommen die Hilfesuchenden aus Staaten, in die man sie nicht zurückschicken kann, bleiben sie hier und erfüllen die an sie gestellten Anforderungen. Menschen aus Herkunftsändern, in denen der Staat noch einigermaßen funktioniert, müssen sich von dort aus um einen Aufenthalt bei uns bewerben. Es kann unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zugemutet werden, dass unser Sozialsystem ausgenutzt wird, weil die deutsche Verwaltung Ewigkeiten braucht, um Aufenthaltsfragen zu entscheiden.

Das Heikelste zum Schluss: Menschen sind keine Sachen, und man kann darüber nicht wie über Sachen verfügen. Und doch – alle die, die unsere Gastfreundschaft anstreben, müssen die Regeln ihres Gastlandes einhalten. Da ist falsche Toleranz fehl am Platze. Bei uns ist Religion Privatsache. Wer das nicht akzeptiert, für den gibt es keinen Platz hier. Und ein Muslim, der seiner Frau nicht die Rechte einräumt, die ihr nach unseren Regeln zustehen, hat unser Land wieder zu verlassen. Wer nicht nachweisen will, wo er herkommt, um sich Vorteile zu ergattern, verdient unsere Gastfreundschaft nicht. Ebenso diejenigen nicht, die sich nicht an Vorgaben halten. Wir vertreten nicht die Kaufhaldiebe, sondern unsere Mitbürgerin an der Ladenkasse. Nicht zuletzt, wer zur Gewalt greift, gehört hinter Gitter oder ausgewiesen.

Alle diese Dinge werden nicht lupenrein zu gestalten sein. Trotzdem – nicht der Gast bestimmt die Regel, sondern der Wirt. Und was wir uns, DieLinken eingeschlossen, keinesfalls versagen können: Wir müssen die Dinge beim Namen nennen. Was schief läuft, muss so dargestellt werden. Fehler können passieren, aber man muss sie (öffentlich) als solche zu benennen. Und sie sind zu korrigieren.



## neue förderperiode der eu für den ländlichen Raum gestartet

### Begriffserklärungen

Die beiden wichtigsten **Strukturfonds der Europäischen Union** sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE** oder **EU-Regionalfonds**) sowie der Europäische Sozialfonds (**ESF**). Außerdem gibt es seit 2007 den unter seiner Kurzbezeichnung **ELER** aufgelegten Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Eine der vier Schwerpunkte (Achsen) von ELER ist seit dessen Errichtung das Programm **LEADER**, mit dem schon seit 1991 innovative Aktionen im ländlichen Raum gefördert werden.

Der Begriff Leader ist nicht vom englischen „Leadership“ (deutsch: „Führung“) abgeleitet, sondern eine Wortbildung aus dem Französischen: „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“, was soviel wie „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ bedeutet.

Seit 2007 ist das LEADER-Programm ein eigenständiger Schwerpunkt in der europäischen Regionalförderung. In der Förderperiode 2007-2013 wurde bereits nach veränderten Kriterien im Rahmen von integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (**ILEK**) gearbeitet. Sie sollen als Handlungspläne Dorferneuerung, demografische Entwicklung, Infrastruktur, Regionalplanung, landwirtschaftliche Flächen, Naturräume und Tourismus erfassen. (Quelle: Wikipedia)

In unserem August-Heft 2010 und den nachfolgenden Ausgaben haben wir alle so genannten LEADER- und ILE-Gebiete dargestellt, in welchen die Städte (soweit sie auch über ländliche Stadtteile verfügen) und Gemeinden des Landkreises Mittelsachsen in der Förderperiode 2007 - 2013 zusammengearbeitet haben. Damals gab es sechs solche Gebiete, die gemeinsam ländliche Entwicklungskonzepte realisierten. Davon waren fünf landkreisübergreifend, nur im Gebiet „Sachsenkreuz“ gehörten alle Städte und Gemeinden dem Landkreis Mittelsachsen an. Im wesentlichen gehen sie auch die neue Förderperiode 2014-2020 an.

Am 30. April erhielten 30 sächsische LEADER-Gebiete die Genehmigung für ihre LEADER-Entwicklungsstrategie (**LES**) für den Zeitraum bis 2020. Die Gebiete hatten sich im Januar (interessanterweise lief da die aktuelle Förderperiode bereits ein Jahr) mit ihrer Strategie beworben und wurden durch einen Ausschuss ausgewählt. Nach Bestätigung ihrer LES durch das Sächsische Umwelt- und Landwirtschaftsministerium konnten in den Gebieten die ersten Projektaufrufe gestartet werden, für die dann die entsprechenden Fördermöglichkeiten bestehen. Von der Auftaktveranstaltung des „Silbernen Erzgebirges“ berichten wir im untenstehenden Beitrag.

anerkannte LEADER-Gebiete	Sitz der lokalen Arbeitsgruppe	in das LEADER-Gebiet integrierte Städte und Gemeinden aus dem Landkreis Mittelsachsen
Erzgebirgsregion Flöha- und Zschopautal	Oederan/OT Gahlenz	Frankenberg/Sa., Niederwiesa, Flöha, Oederan, Augustusburg, Leubsdorf, Eppendorf
Klosterbezirk Altzella	Roßwein/OT Niederstriegis	Mochau, Roßwein, Rossau, Striegistal, Hainichen, Großschirma, Reinsberg, Halsbrücke
Land des Roten Porphyrs	Rochlitz	Königsfeld, Zettlitz, Rochlitz, Seelitz, Erlau, Wechselburg, Penig, Lunzenau, Königshain-Wiederau, Mühlau, Burgstädt, Claußnitz, Taura, Hartmannsdorf
Lommatzcher Pflege	Lommatzsch	Ostrau, Zschaitz-Ottewitz
Sachsenkreuz+	Waldheim	Leisnig, Großweitzschen, Hartha, Döbeln, Geringswalde, Waldheim, Kriebstein, Mittweida, Altmittweida, Lichtenau
Silbernes Erzgebirge	Pirna	Oberschöna, Freiberg, Bobritzsch-Hilbersdorf, Brand-Erbisdorf, Weißenborn, Lichtenberg, Großhartmannsdorf, Mulda, Frauenstein, Dorfchemnitz, Sayda, Rechenberg-Bienenmühle, Neuhausen

von Kerstin Ufer

Nachdem die Entwicklungsstrategie für die Förderregion „Silbernes Erzgebirge“ im September vom Sächsischen Umweltministerium bestätigt wurde, fand am 7. Oktober die Auftaktveranstaltung der LEADER-Region „Silbernes Erzgebirge“ statt. Bis 2020 stellen die EU und der Freistaat Sachsen insgesamt 33,488 Mio. Euro zur Förderung des ländlichen Raumes in den Regionen Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Teilen des Erzgebirgskreises bereit. Die Handlungsgrundsätze „nachhaltig, ökologisch, ökonomisch und sozial“ stehen dabei im Fokus. Ebenfalls sind Chancengleichheit, Inklusion und Weltoffenheit wesentliche Auswahlkriterien der Projektförderung. Das vierköpfige Team des Regionalmanagements

„Silbernes Erzgebirge“, zu dem 27 Kommunen gehören, wird von Bettina Bezdold geleitet. Ziel ist es, mit den Geldern vor allem private Bauprojekte junger Familien, Modernisierungsmaßnahmen kleiner und mittelständischer Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe sowie kommunale Bauvorhaben im ländlichen Raum zu unterstützen. Gefördert werden sollen zudem die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ausbau und die Sanierung des Verkehrsnetzes, die Schaffung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sowie Maßnahmen, die zur Tourismusförderung und zum Umwelt und Naturschutz beitragen. Dem voraus geht allerdings ein umfangreiches Antrags- und Auswahlverfahren. Grundlage dafür sind verschiedene Handlungsfelder, für die das Regionalmanagement bestimmte Budgets festgelegt hat. So wird beispielsweise das Handlungsfeld „Ortsentwicklung und Wohnen“ in den

nächsten 5 Jahren mit 9,8 Mio. Euro die größte Fördersumme erhalten. Der erste Aufruf startete bereits am 9. Oktober 2015. Dabei werden für die Handlungsfelder „Ortsentwicklung und Wohnen“ zunächst 2,6 Mio., „Wirtschaft- und Arbeitsmarkt“ 1,17 Mio., „Kulturerbe“ 700.000 sowie für „Prozesse und Konzepterarbeitung“ 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bis zum 30. Dezember 12 Uhr haben die AntragstellerInnen Zeit, ihre Ideen bei der Bewilligungsbehörde des Regionalmanagements einzureichen. Erst nach deren Prüfung und Bewilligung können die Fördermittelanträge dann beim zuständigen Landratsamt gestellt werden. Weitere Handlungsfelder, die im ersten Aufruf noch nicht berücksichtigt wurden, sind: „Verkehr und Mobilität“, „Soziales“, Grund- und Nahversorgung sowie Umwelt, Natur und Landwirtschaft. Wann der 2. Aufruf erfolgt, wir vom Regionalmanagement bekanntgegeben.

### Politische Bildung – wie weiter?

von Achim Grunke, Freiberg

Wie bereits angekündigt, soll es Anliegen der Serie „Politische Bildung und Information“ sein, politisches, theoretisches und historisches Grundwissen ohne den Duktus ideologischer Unterweisung zu vermitteln. Für diejenigen, die in der DDR sozialisiert wurden und dort ihr politisches Grundwissen erworben haben, gilt es, nicht wenig von dem, wenn auch nicht alles davon zu korrigieren und zu ergänzen. Für die Jüngeren, die erst nach 1989 politisch aktiv und Mitglied der Partei wurden, aber auch für die älteren Jahrgänge, geht es darum, neues theoretisch fundiertes politisches Grundwissen aufzunehmen. Für die kommenden Jahre sollen u.a. folgende gesellschaftstheoretische Fragen eine Rolle spielen:

- Der Demokratische Sozialismus – Geschichte und Zukunft?
- Gibt es einen gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte?
- Transformation, Reform oder Revolution?
- Nation, Nationalismus, Patriotismus, Heimat – was steckt dahinter?
- Was bedeutet „Entfremdung“ des Menschen?
- Demokratie und Grundrechte – sind das noch Stützpfeiler der Gesellschaft?
- Was ist der Rechtsstaat?
- Die Medien und die Mediokratie – beherrschen sie uns?
- Faschismus und Antifaschismus – was meinen diese Begriffe?

Weiter sollen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung vorgestellt werden, die bis 1989 entweder kaum gewürdigt wurden oder als Unpersonen galten, wie z.B. Karl Kautsky, Leo Trotzki oder Antonio Gramsci. Ebenso gehört dazu das politische Verhältnis zwischen Lenin und Rosa Luxemburg sowie das Thema „Lenin und der Leninismus“. Nicht vergessen werden sollen dabei wichtige historische Jubiläen wie:

- Vor 80 Jahren: der letzte Weltkongress der Kommunistischen Internationale
- 1946/2016 – vor 70 Jahren: die Gründung der SED
- 1917/2017 – zum Platz der Oktoberrevolution in der Geschichte
- 1918/2018 – Die deutsche Novemberrevolution
- 2018 – der 200. Geburtstag von Karl Marx – was er uns heute noch zu sagen hat.

## linke in bürgerlichen regierungen, ja oder nein?

von Reinhard Kluge,  
Rechenberg-Bienenmühle



**O**b Mitglieder der LINKEN Regierungsverantwortung übernehmen sollen, diese

Frage wird immer wieder heiß diskutiert, zuletzt anlässlich der Bildung der Thüringer Regierung. Gregor Gysi hat dieses Problem jüngst auf dem Bielefelder Parteitag mit dem Blick auf die Bundesebene erörtert. Die LINKE Sachsen hat sich in ihrem gerade beschlossenen Strategiepapier dazu als einer mittelfristigen Option differenziert geäußert. Dass uns diese Frage nicht loslässt, ist wenig überraschend. Haben doch Regierungsbeteiligungen der LINKEN in der Wählergunst eher geschadet: In der Oppositionsrolle schien sie ihren Wählern attraktiver als in Regierungsverantwortung. Es sei nur an die ernüchternden Ergebnisse der Landtagswahlen im Vorjahr in Brandenburg erinnert, oder an frühere Ereignisse in Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Frankreich oder in skandinavischen Ländern waren in der Vergangenheit ähnliche Tendenzen zu beobachten. Schlüssige Erklärungen dieses Phänomens hat bisher niemand präsentiert. Wählerumfragen in Thüringen scheinen nun eine Gegentendenz zu belegen: Die LINKE verbucht Zugewinn. Ob das von Dauer ist, wird sich erweisen. Auf einer kürzlich in Freiberg statt gefundenen Diskussionsveranstaltung wurde daran vehement Zweifel geäußert. Mit der Teilnahme an bürgerlichen Regierungen sei die LINKE „sozialdemokratisch“

geworden und für viele Sozialisten nicht mehr wählbar. In einer solchen Diskussion dürfen dann „Autoritätsbeweise“ nicht fehlen. Die Älteren unter uns haben zu jeder wichtigen Frage ein paar Klassiker-Zitate parat, so auch zu diesem Problem. Was ist von solchen Autoritätsbeweisen zu erwarten, oder anders gesagt, wie liest man unsere marxistischen Vordenker heute?

Zu unserem Problem haben sich vor etwas mehr als hundert Jahren R. Luxemburg und W. I. Lenin dezidiert geäußert, Luxemburg in einem Aufsatz in der Leipziger Volkszeitung von 1899 entschieden ablehnend (Gesammelte Werke Bd.1/1. Halbband), Lenin 1905 in seiner Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ dagegen positiv (Ausgewählte Werke in 6 Bd., Bd. 2). Woher die unterschiedlichen Aussagen? Luxemburgs Artikel befasst sich aus Anlass des 1899 erfolgten Eintritts des französischen Sozialisten Millerand in ein bürgerliches Kabinett mit der Frage, ob diese Teilnahme ein Ausnahmefall ist, „unter bestimmten Voraussetzungen zulässig und notwendig, unter anderen verwerflich und schädlich“. Auf den ersten Blick könne es so erscheinen, dass ein Sozialist in der Regierung der Sache des Proletariats dienen kann, „indem er das Mögliche und Erreichbare der Sozialreformen durchzudrücken strebt.“ Erreicht werde aber „im allerbesten Fall . . . bürgerliche Arbeiterpolitik.“ Während Parlamentsarbeit der Sozialisten zur Stärkung des Klassenkampfes führe, kann das „Vordringen in die Regierung nur „Korruption und Verwirrung“ in ihren Reihen zur Folge haben. Und abschließend zieht Luxemburg das Fazit: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“ Allerdings könne es geschichtliche Momente geben, in denen ihr Anteil an einer bürgerlichen Regierung als notwendig erscheint, namentlich, wo es um demokratische Errungenschaften geht. Dann dürften sich die Vertreter der Arbeiter „selbstverständlich einer ab-

strakten Prinzipienreiterei zuliebe vor der Verteidigung der gemeinsamen Sache nicht drücken.“

Genau in einer solchen Situation, in der demokratischen Revolution von 1905 in Russland befasst sich Lenin mit der Frage der Regierungsbeteiligung, in einer Situation also, als der Sturz der zaristischen Autokratie und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung auf der Tagesordnung stand, um den Weg zu einer demokratischen Republik zu öffnen. Diese ist aber für Lenin die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf des Proletariats, für die „sozialistische Umwälzung“. „Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will“, gelangt unvermeidlich zu absurden Schlussfolgerungen, stellt Lenin in der Auseinandersetzung mit Linksradikalen fest, die eine Regierungsbeteiligung generell ablehnten. Lenin warnt ebenso wie Luxemburg vor abstrakter Prinzipienreiterei: „Konkrete Aufgaben muss man in einer konkreten Situation stellen . . . Es gibt keine abstrakte Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret“. In einer revolutionären Situation müssen die Losungen der Masse „als Fanal dienen, unser demokratisches und sozialistisches Ideal in seiner ganzen Erhabenheit und seiner ganzen Schönheit zeigen.“ Aber Lenin ist Realist genug zu wissen, dass der direkte Weg nicht immer gelingt, dass dann „Umwege, Schleichwege und Kompromisswege“ gegangen werden müssen, und er gibt dafür den wichtigen Hinweis: „Sollte man uns mit Gewalt zwingen, uns auf solchen Wegen dahinzuschleppen, so werden wir auch in der täglichen Kleinarbeit unsere Pflicht zu tun wissen.“

Was uns an den Ausführungen beider marxistischer Denker zur Regierungsbeteiligung heute interessiert, sind nicht ihre unterschiedlichen, sich scheinbar widersprechenden Schlussfolgerungen. Das liefe auf einen Zitatenfetischismus hinaus. Von Bedeutung ist vielmehr ihr gemeinsames Herangehen, die konkrete Analyse der gesellschaftlichen Lage, der in ihr wirkenden Klassen und deren Kräfteverhältnis, woraus sie politische Pers-

pektive und konkrete Aufgaben des Kampfes des Proletariats ableiteten. Bei einem Vergleich der gegenwärtigen Lage mit der vor hundert Jahren werden schon auf den ersten Blick wesentliche Unterschiede deutlich. Luxemburg konnte bei der Niederschrift ihres Artikels von einem nahenden Zusammenbruch des Kapitalismus ausgehen, von einem stetigen Wachstum der Arbeiterschaft und ihrer Konstituierung als Klasse, die sich, ihrer historischen Rolle bewusst, auf die Übernahme der Macht in der Gesellschaft vorbereitete. Lenin schrieb seinen Aufsatz in einer tiefen revolutionären Krise des zaristischen Russlands, die den Weg zur proletarischen Revolution zu öffnen schien. Heute dagegen sind wir von einer revolutionären Situation weit entfernt. Wir müssen einräumen, dass die für ihre Zeit gültigen Aussagen von Marx und Engels zur Entwicklung der Arbeiterklasse und deren gesetzmäßiger quantitativer und qualitativer Entwicklung für die Gegenwart zu überdenken sind. Das gilt auch für die Voraussage des weitgehenden Verschwindens der mittleren Schichten, die heute mit dem Dienstleistungssektor eine stabile und wachsende ökonomische Grundlage erhielten. Das revolutionäre Subjekt, das für die Überwindung des zunehmend menschen- und naturfeindlichen barbarischen Kapitalismus notwendig ist, muss heute sozial viel breiter gefasst werden, als im 19. Jahrhundert voraus gedacht. Der Weg dahin kann, wie Lenin sagt, nur der des „politischen Demokratismus“ sein. Welche Rolle dabei Regierungsbeteiligungen der Linken spielen können, bleibt ein wichtiges Feld der Analysen und Debatten. Angesichts der gegenwärtigen Lage steht dabei nicht die Frage „ob“ im Mittelpunkt, sondern das „wie“. Welche Ziele im Interesse der Arbeiter und Angestellten muss sich eine solche Regierung stellen, wie sie öffentlichkeitswirksam erläutern, wie unumgängliche Kompromisse begründen. Von entscheidender Bedeutung wird sein, durch linkes Regierungshandeln Reformen von systemüberwindendem Charakter auf den Weg zu bringen, den bedrohten Frieden zu sichern und der Aushöhlung der Demokratie wirksam zu begegnen.

## kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 5. Oktober zu seiner turnusmäßigen Beratung in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zusammen.

Im Mittelpunkt der Beratung standen folgende Schwerpunkte:

- Die Auswertung des 12. Landesparteitages der LINKEN vom 12. und 13. September in Neukiritsch.** Es gab Erleichterung darüber, dass „Grabenkämpfe“ vermieden werden konnten, aber auch Kritik, dass es im Vorfeld nicht gelungen sei, sich auf einen einheitlichen Leitantrag zur Strategie der Partei zu einigen. Mit Freude wurde die Wahl von Jana Pinka aus Freiberg zur stellvertretenden Landesvorsitzenden und von Lars Kleba aus Brand-Erbisdorf in den Landesvorstand aufgenommen. Sabine Pester aus Chemnitz, Mitarbeiterin des Kreisvorsitzenden Falk Neubert, wurde erneut in den Landesvorstand gewählt. Bernd Spollwig, ebenfalls ehemals Brand-Erbisdorf, wurde zum neuen Landesschatzmeister gewählt.
- Die Vorbereitung des Kreisparteitages am 7. November in Flöha.** In der Gastgeber-Stadt wurde bekanntlich Volker Holuscha (DIE LINKE) zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Er wird auch zur Begrüßung sprechen. Als Gast wird Sebastian Scheel, Parlamentarischer Geschäftsführer im Sächsischen Landtag, das Wort ergreifen. Auf dem Kreispartei-tag wird ein neuer Kreisvorstand gewählt. Außerdem nominiert er die sechs mittelsächsischen Delegierten zum Bundespartei-tag 2016 und die Delegierten zur Landesseniorenkonferenz.
- Verständigung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme von Asylbegehrenden und Flüchtlingen im Landkreis Mittelsachsen.** Zur besseren Information der Ortsverbände und der Abgeordneten der LINKEN in den Städten und Gemeinden wurde neben der Veranstaltung mit Juliane Nagel am 21. Oktober eine weitere mit MdB Stefan Liebich aus Berlin für November festgelegt. Er wird u.a. zur Frage „Beseitigung der Flüchtlingsursachen“ sprechen. Robert Sobolewski informierte darüber, dass der Ortsverband Rochlitz-Geringswalde gemeinsam mit der Linksjugend [solid] Mittelsachsen unter dem Motto „Refugees welcome! Aber wie?“ am 22. Oktober ein Diskussionsforum mit MdB Juliane Nagel (Sprecherin für Migration) durchführt.
- Vorbereitung des Finanzplanes 2016.** Der Schatzmeister Hans Weiske informierte über vorgesehene Konsultationen mit dem Landesverband im Oktober. Der Finanzplan 2016 wird dem Kreisvorstand am 2. November vorgelegt.

## unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat november 2015 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Gertrud Imhof	geb. am 02.11.1928,	in	Mittweida
Karl Schönherr	geb. am 02.11.1934,	in	Wechselburg
Helmut Bergner	geb. am 03.11.1933,	in	Mühlau
Ingeburg Großer	geb. am 05.11.1924,	in	Frankenberg/Sa.
Anfried Püschel	geb. am 06.11.1929,	in	Brand-Erbisdorf
Jutta Teichmann	geb. am 06.11.1931,	in	Burgstädt
Eberhard Klapper	geb. am 07.11.1931,	in	Rechenberg-B.
Lydia Rapprich	geb. am 09.11.1924,	in	Brand-Erbisdorf
Werner Oldenburg	geb. am 10.11.1950,	in	Waren/Müritz
Brigitte Seifert	geb. am 10.11.1935,	in	Brand-Erbisdorf
Rudi Hocker	geb. am 11.11.1925,	in	Freiberg
Kurt Kaden	geb. am 12.11.1922,	in	Freiberg
Sonja Kluska	geb. am 18.11.1928,	in	Waldheim
Gottfried Jubelt	geb. am 18.11.1950,	in	Augustusburg
Christa Auerbach	geb. am 19.11.1935,	in	Niederwiesa
Harald Wiedemann	geb. am 20.11.1931,	in	Augustusburg
Helmut Jahn	geb. am 23.11.1934,	in	Oederan
Johannes Wangemann	geb. am 25.11.1928,	in	Niederwiesa
Gertraud Dietel	geb. am 25.11.1935,	in	Döbeln
Werner Teichmann	geb. am 25.11.1926,	in	Burgstädt
Hans Blum	geb. am 28.11.1933,	in	Seelitz

## jahrestage im november 2015

**19.11.1915** Joe Hill, ein Arbeiterdichter, wird nach einer konstruierten Anklage in den USA hingerichtet.

**18.11.1935:** Rudolf Bahro, Philosoph und DDR-Dissident, in Bad Flinsburg geboren.

**14.11.1940:** Zerstörung der englischen Stadt Coventry durch die deutsche Luftwaffe.

**20.11.1945:** Beginn des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Die Alliierte Kontrollkommission billigt den zentralen Aussiedlungsplan für ca. 3,5 Millionen Deutsche aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße.

**29.11.1945:** Proklamation der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien.

**14.11.1990:** Unterzeichnung des Grenzabkommens zwischen der BRD und Polen in Warschau, das sich auf den Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und Polen sowie auf die Folgeabkommen bezieht.

**21.11.1990:** Die KSZE-Staaten verkünden die Charta von Paris für ein neues Europa.

**16.11.1995:** Oskar Lafontaine wird in einer Kampfabstimmung auf dem Parteitag in Mannheim zum Vorsitzenden der SPD gewählt.

**27./28.11.1995:** In Barcelona wird die Euro-mediterrane Partnerschaft vereinbart.

**22.11.2005:** Angela Merkel (CDU) wird erste Bundeskanzlerin.

### Zum Schmunzeln

Die erste Hälfte unseres Lebens wird uns von unseren Eltern verdorben und die zweite Hälfte von unseren Kindern.

Clarence Darrow

Denken ist schwer, darum urteilen die meisten.

Carl Gustav Jung

## terminübersicht

### oktober 2015

- 21.10. 18 Uhr Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden sowie Abgeordneten zur Frage Asyl mit MdL Juliane Nagel Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 22.10. 18 Uhr „Refugees welcome! Aber wie?“ Diskussionsforum Ortsverband DIE LINKE Rochlitz-Geringswalde und Linksjugend [solid] mit MdL Juliane Nagel Begegnungszentrum Obere Dorfstr. Altgeringswalde
- 26.10. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 28.10. 15 Uhr Veranstaltung der Regionalgruppe Freiberg des RotFuchs-Fördervereins e.V. Freiberg mit Generalmajor a.D. Heinz Bilan zum Thema „Die neue Militärstrategie Rußlands“ Gaststätte „Zur Orgelpfeife“ Freiberg, Forstweg

### november 2015

- 02.11. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 07.11. **Kreisparteitag**  
Kulturzentrum „Wasserbau“ in der Alten Baumwolle, Stadtsaal, Flöha, Claußstraße 3

### vorschau

- 07.12. 17 Uhr Öffentliches Forum mit MdB Stefan Liebich (Berlin) zur wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen Gaststätte „BrauhoF“ Freiberg



Mit einer kleinen Party wurden in Dresden der Schatzmeister des Landesverbandes der LINKEN, **Heinz Pingel** (4. von li.) und der Mitarbeiter für IT und Kommunikationstechnik **Dieter Karich** (3. von re.) in den Ruhestand verabschiedet. An ihre Stelle treten **Bernd Spolwig**, ehemals Brand-Erbisdorf (2. von li.) und **Tino Wehner** (1. von re.). Der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN war mit der „Stammbesetzung“ der Kreisgeschäftsstelle, der Geschäftsstellenleiterin **Ruth Fritzsche** (Bildmitte), der Finanz-Sachbearbeiterin **Brigitte Hübler** (3. von li.), dem Schatzmeister **Hans Weiske** (am Fotoapparat) sowie Kreisvorstandsmitglied **Ute Rehnert** (1. von li) vertreten.

## Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin - seit fünf Jahren vom Erdboden verschwunden



Einen kürzlichen Berlin-Aufenthalt in Berlin nutzte ich, um mir die kläglichen Überreste der ehemaligen Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals/Niederlehme anzusehen. Das 1953 eingeweihte Kleinod der deutschen Arbeiterbewegung und des Antifaschismus gibt es nicht mehr. Im Mai 2010 ließ der Eigentümer, der die Gedenkstätte 2002 zu einem Spottpreis von 86.000 Euro erworben hatte, diese mit Duldung der rot-roten Brandenburger Regierung abreißen. Inzwischen hat er in dem Areal, in dem das ehemalige „Sporthaus Ziegenhals“ direkt am Zeuthener See stand, vollendete Tatsachen geschaffen (siehe das obige Bild). Lediglich ein in der Nähe aufgestellter Gedenkstein (unteres Bild) erinnert noch daran, dass Ernst Thälmann hier, sieben Tage nach Hitlers Machtantritt, vor 37 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des ZK der KPD seine historische „Ziegenhalser Rede“ hielt, bei der er die Gewinnung aller antifaschistischen Kräfte für den Sturz des Hitler-Regimes zur Aufgabe machte. Der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals e.V.“ kämpft um die Wiedererrichtung der Gedenkstätte am authentischen Ort. Jährlich führt er drei Kundgebungen vor dem Gelände der zerstörten Gedenkstätte durch. Der Freundeskreis ist inzwischen Eigentümer des gesamten Inventars.

**Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen:**

**Erika Pöhl, aus Rochlitz**  
**Gerhard Gugisch aus Waldheim**  
**Helmut Schenke aus Waldheim**

**Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.**